



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 137. Ratssitzung vom 2. April 2025

4484. 2024/281

**Postulat von Hannah Locher (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Ronny Siev (GLP) vom 12.06.2024:
Unterstützung alleinerziehender oder getrenntlebender Eltern**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Hannah Locher (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3343/2024): Jedes sechste Kind in Zürich wächst in einem Einelternhaushalt auf – Tendenz steigend. Seit dem Jahr 1977 hat sich die Zahl der Alleinerziehenden mehr als verdoppelt und jedes Jahr kommen rund 450 neue Einelternhaushalte dazu. Familienformen mit Alleinerziehenden und getrenntlebenden Eltern sind heute eine zentrale Lebensrealität in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig ist es eine Realität, dass Alleinerziehende überproportional oft von Armut betroffen sind. Laut einer Studie der Berner Fachhochschule liegt die Armutsquote von Alleinerziehenden bei 16,5 Prozent. Das ist fast viermal so hoch wie bei Familien mit zwei Kindern und zwei Eltern im gleichen Haushalt. Neben finanziellen Herausforderungen müssen Alleinerziehende im Alltag eine Vielzahl an anderen Rollen und Herausforderungen unter einen Hut bringen, was eine enorme Belastung bedeuten kann. Auch getrenntlebende Eltern stehen vor gewissen Herausforderungen, weshalb unser Postulat beide Formen miteinbezieht. In Zürich bestehen bereits verschiedene Angebote für Alleinerziehende: Beratungsstellen wie zum Beispiel die Arche Zürich, Treffpunkte zum Austausch mit Elterntreffen im Gemeinschaftszentrum (GZ) Buchegg, Möglichkeiten für die Kinderbetreuung oder finanzielle Unterstützung. All das setzt an wichtigen Stellen an; die Stadt verfügt über eine wertvolle Angebotslandschaft. Gleichzeitig wissen viele Alleinerziehende nicht, wo sie Unterstützung erhalten oder welche Angebote ihnen dienlich sein könnten. Das wurde von diversen Seiten als Problem genannt: «Die Betroffenen sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr.», beschrieb mir eine Mitarbeiterin der Caritas die Situation. Zusätzlich fehlt die Zeit, nach dem richtigen Angebot zu suchen, weil der Alltag mit Kind und Arbeit keinen Spielraum lässt. Hier will unser Postulat eine Verbesserung erzielen. Alleinerziehend zu sein, kann finanzielle Unsicherheit bedeuten. Alleinerziehend zu sein bedeutet doppelte und dreifache Verantwortung. Es muss täglich zwischen Erwerbsarbeit, Haushalt und Kinderbetreuung jongliert werden – oft ohne die Unterstützung von weiteren Personen. Wenn das Kind krank ist, gibt es oft niemanden, der einspringen kann, um das Kind zu pflegen. Gleichzeitig kann jeder Ausfall im Job ein Risiko darstellen, besonders in der Tieflohnbranche. Alleinerziehend zu sein bedeutet



auch, kaum Raum für soziale Kontakte zu haben: Neben der ökonomischen Unsicherheit belastet die Sozialisolation. Zeit für eigene Kontakte bleibt selten, weil jede freie Minute in die Care-Arbeit fliesst. Gleichzeitig erleben viele Alleinerziehende, dass soziale Angebote oder Familiennetzwerke auf klassische Zweielternfamilien zugeschnitten sind. Im Alltag begegnen Alleinerziehende auch heute noch Vorurteilen. Das Idealbild der klassischen Familie ist nach wie vor breit verankert. Alleinerziehende spüren, dass ihre Familienform als weniger vollständig wahrgenommen wird. Alleinerziehende Eltern gehören jedoch zu unserer Gesellschaft. Gleichzeitig haben viele Betroffene das Gefühl, sich rechtfertigen zu müssen. Aus diesen Gründen fordern wir mit unserem Postulat, bestehende Angebote zu stärken, Lücken zu schliessen und Vorurteile abzubauen. Aus unserer Sicht gibt es unterschiedliche Ansatzpunkte, wie sich die Situation von Alleinerziehenden in Zürich konkret verbessern lässt. Eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit – bspw. durch eine öffentliche Kampagne – könnte dazu beitragen, dass Einelternfamilien mehr verstanden, wahrgenommen und gesellschaftliche Vorurteile abgebaut werden. Es könnte so auf Unterstützungsangebote hingewiesen, diese bekannter gemacht und bessere Zugänge zu ihnen geschaffen werden. Der bessere Zugang zu bestehenden Angeboten birgt ein grosses Potenzial. Diese gibt es, jedoch sind sie für viele schwierig zu finden oder in der Praxis nur beschränkt nutzbar – zum Beispiel aufgrund von Öffnungszeiten, die sich nicht mit dem Arbeitsalltag vereinbaren lassen. Verbesserte Informationswege, mehrsprachige Informationen und Öffnungszeiten, die den Alltag von Alleinerziehenden berücksichtigen, könnten einen grossen Unterschied machen. Im Ausbau von Begegnungsräumen sehen wir eine wichtige Möglichkeit, der sozialen Isolation entgegenzuwirken. Treffpunkte wie der Einelterntreff im GZ Buchegg leisten schon wertvolle Arbeit. Mit ergänzenden Angeboten am Abend oder Wochenende oder mit Freizeitangeboten für Eltern und Kinder könnte mehr Raum für Austausch und gegenseitige Unterstützung geschaffen werden. Es geht uns nicht darum, ein völlig neues Unterstützungsnetz aufzubauen. Es geht darum, das Vorhandene zugänglicher, flexibler und wirkungsvoller zu machen und wo nötig zu ergänzen. Diese Unterstützung im richtigen Moment kann für Alleinerziehende eine echte Entlastung und wertvolle Stärkung im Alltag sein.

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. Juni 2024 gestellten Ablehnungsantrag: *Das Leben ist nicht einfach – nicht nur für Alleinerziehende, sondern für alle Menschen. Das Leben besteht aus Herausforderungen, Unannehmlichkeiten, Freude, Trauer. Es geht mal bergauf, mal bergab. Sie können nicht nach dem Staat rufen, sondern müssen Ihr Leben so gestalten, dass Sie zufrieden sind. Wenn Sie das Gefühl haben, isoliert zu sein, können Sie nicht nach dem Staat rufen, damit er Ihnen Freunde an die Seite stellt. Sie müssen mit einer Tasse Tee beim Nachbarn klingeln und fragen, ob sie zu ihm kommen dürfen. Das funktioniert in anderen Kulturen, die eine gewisse Offenheit haben, hervorragend. Es ist Ihre Aufgabe, Ihr Leben so zu gestalten, dass Sie zufrieden sind. Die Probleme kommen von der Politik und vom Staat. Sie haben das Krankenkassensystem eingeführt und die Mehrwertsteuer erhöht – beides trifft den Mittelstand. Die ganze Zeit fordern Sie neue Gesetze, neue Auflagen, neue Bürokratien. Überall wollen Sie mehr Staat, mehr Auflagen für die Wirtschaft – das kostet alles. China und die arabischen Staaten erleben einen rasanten wirtschaftlichen Aufstieg, während wir durch Staat und Bürokratie blockiert sind.*



Wenn Sie der Familie helfen wollen, braucht es mehr Netto vom Brutto. Wir müssen den Staat zurückbauen, den Leuten mehr von ihrem eigenständig verdienten Lohn lassen. Wir brauchen weniger Zuwanderung, denn seit der Einführung der Personenfreizügigkeit stiegen die Mieten um 43 Prozent. Dass es der Familie schlecht geht, ist die Auswirkung Ihrer Politik. Kommen Sie auf die Seite der SVP. Bauen Sie den Staat und unnötige Regulierungen ab; sorgen Sie dafür, dass die Leute in Ruhe gelassen werden.

Weitere Wortmeldungen:

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Mit diesem Postulat rücken wir das Thema Alleinerziehende oder getrenntlebende Eltern in den Fokus. Es geht darum, Mehrfachbelastungen anzuerkennen und Herausforderungen sichtbar zu machen. Wir behaupten nicht, dass alle alleinerziehenden oder getrenntlebenden Eltern Unterstützung brauchen oder grundsätzlich in einer schwierigen Situation sind. Es geht darum anzuerkennen, dass die Situation zu einer Mehrfachbelastung und zu spezifischen Herausforderungen führen kann. Alleinerziehende oder getrenntlebende Eltern sollen die Unterstützung, die sie brauchen, auch tatsächlich bekommen. Um sich Unterstützung holen zu können, muss man die verschiedenen Angebote kennen. Hannah Locher (SP) hat es ausgeführt: Hier kann die Stadt Zürich durch Öffentlichkeitsarbeit mehr leisten, weil viele Angebote nicht bekannt sind. Es soll stärker darauf hingewiesen werden, welche Angebote es gibt, und es sollen Hürden abgebaut werden, um diese Angebote in Anspruch nehmen zu können. Auf die fehlende Bekanntheit der Angebote wurden wir mehrfach hingewiesen. Alle Massnahmen, die alleinerziehenden und getrenntlebenden Eltern zugutekommen, unterstützen auch die Kinder. Weiter sollen Sensibilisierungsmassnahmen ergriffen werden, die zur Entstigmatisierung von Familien mit getrenntlebenden und alleinerziehenden Eltern beitragen. Das kann zu einem stärker unterstützenden sozialen Umfeld beitragen und eine inklusivere Gesellschaft fördern. Wenn die Thematik stärker ins Bewusstsein rückt, führt das zu mehr Verständnis für ihre spezifischen Situationen. Zusammenfassend geht es darum, Vorurteile aufzubrechen, vielfältige Lebensrealitäten anzuerkennen, Unterstützungen bekanntzumachen und Eltern und ihre Kinder zu unterstützen.*

Ronny Siev (GLP): *Ich bin Hannah Locher (SP) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) sehr dankbar, konnten wir das Postulat gemeinsam einreichen, denn ich selbst bin von dieser Situation betroffen. Vom einen Tag auf den anderen hatte ich kein Familienleben mehr. Ich musste plötzlich eine Wohnung in der Stadt Zürich suchen, hatte psychische und finanzielle Probleme. Ich befand mich vorher nicht in diesem sozialen Umfeld, hatte überhaupt nichts damit zu tun. Ich hatte ein geregeltes Leben, ein geregeltes Einkommen usw. Ich wusste damals nicht viel über das Sozialdepartement und all die Angebote, die es gibt. Ich hatte keinen Zugang zu den Optionen – weil ich ein normales, geregeltes Leben hatte und plötzlich von einem Tag auf den anderen nicht mehr. Das kann jedem passieren, auch Dir. Plötzlich brauchst Du das Angebot und hast keinen Zugriff. Ich bin eine sehr offene, fröhliche Person – doch das war ich in diesem Moment nicht. Ich wollte auch meine Freunde nicht sehen. Ihr könnt euch nicht vorstellen, wie man sich fühlt, wenn das geregelte Familienleben plötzlich zu Ende ist und du dein Kind nur noch alle zwei Wo-*



chenenden siehst. Es gibt ganz viele Leute, die aus dem Nichts heraus ihre Familie verlieren und nicht wissen, was sie tun können. Ganz wenige Leute wissen, wohin sie sich mit all diesen Problemen wenden können. Alles, was von meinen Miteinreicherinnen gesagt wurde, kann ich unterstützen. Es gibt Angebote, doch sie müssen bekannter werden und auch Leute ansprechen, die nicht schon im Sozialsystem sind, sondern einfach in der Stadt Zürich wohnen, immer ihre Steuern bezahlt haben, immer ein gutes Leben hatten und sich vom einen Tag auf den anderen in dieser Situation befinden.

Karin Stepinski (Die Mitte): Die sehr emotionale Rede von Ronny Siev (GLP) hat mich persönlich berührt, ich kann das wirklich nachvollziehen. Es ist der Die Mitte/EVP-Fraktion bewusst, dass viele Alleinerziehende und Getrenntlebende einen wirklich schwierigen Alltag zu meistern haben, gerade in der Anfangszeit nach einer Trennung. Dennoch leben wir nicht mehr im Jahr 1950. Ich weiss nicht, welche Not das Postulat in der heutigen Zeit noch lindern muss. Ich habe ChatGPT gefragt: «Ich bin neu alleinerziehend. Es geht mir nicht gut. Ich brauche Hilfe. Ich lebe in der Stadt Zürich.» Die App hat nicht mehr aufgehört, mir Angebote von all den Beratungsstellen zu zeigen, die Hannah Locher (SP) aufgeführt hat. Man muss die Selbstverantwortung wahrnehmen, wenn man als Elternteil in eine schwierige Situation gerät. Dies gewichten wir höher als das Anliegen des Postulats. Jedes sechste Kind in der Stadt Zürich lebt mit einem Elternteil: Da kann ich mir nicht vorstellen, dass die Stigmata so riesengross wären. Es ist einfach ein Familienmodell, das schon ganz lange gelebt wird. Mir ist persönlich niemand bekannt, der damit ein Problem hatte. Deshalb lehnt die Fraktion Die Mitte/EVP das Postulat ab.

Michele Romagnolo (SVP): Im Postulat wird verlangt, dass der Stadtrat Massnahmen prüft, um alleinerziehende Eltern zu entstigmatisieren. Ist das die Aufgabe des Staats? Wenn man sich scheiden lässt, hat das diverse Gründe. Vor allem muss man die Gründe bei beiden suchen. Leidtragende sind immer die Kinder. Was heisst Entstigmatisierung? Nach einer Trennung besteht ein gemeinsames Sorgerecht. Die Obhut der Kinder steht im Normalfall beiden Eltern zu. Das sollte im Interesse des Kindeswohls sein, denn regelmässiger Kontakt zu beiden Eltern ist für die Entwicklung des Kindes von grosser Bedeutung. Beide Eltern und nicht der Staat sind für die Scheidung oder Kinder verantwortlich. Es ist der einfachste Weg, wenn man auf Kosten des Staats oder Steuerzahlers Probleme abwälzen kann. Der Staat soll nur diejenigen Eltern und Personen unterstützen und betreuen, die es wirklich nötig haben. Es besteht heute schon eine breite Palette an städtischen und privaten Angeboten, die Eltern bei Konflikten, Trennungen und Scheidungen in Anspruch nehmen können. Dass der Staat als Heirats- und Kumpelvermittler einspringen soll, geht zu weit. Deshalb erlauben sie uns, den Vorstoss abzdanken.

Hannah Locher (SP): Karin Stepinski (Die Mitte) spricht von «leider geschieden» und sagt im gleichen Satz, es gebe kein Stigma. Dazu gibt es nicht mehr zu sagen. Samuel Balsiger (SVP), die Herausforderungen wurden uns von verschiedenen Beratungsstellen genannt, die sich tagtäglich mit diesen Anliegen auseinandersetzen. Das wird uns jeweils auch in der Kommission erzählt, deren Mitglied du bist. Wenn es um den Parkplatzabbau geht, hat sich die SVP mehrfach Sorgen um alleinerziehende Mütter gemacht. Weitere



Unterstützungsmassnahmen für diese Zielgruppe unterstützt ihr aber nicht. Das zeigt, dass es euch um den Erhalt der Parkplätze und nicht um die Alleinerziehenden geht.

Andreas Egli (FDP): Karin Stepinski (Die Mitte) hat fast alles gesagt. Etwas möchte ich zu ihrer Aussage, dass wir nicht mehr in den 1950er-Jahren leben, ergänzen. Als im Scheidungs- und Familienrecht tätiger Anwalt habe ich relativ viel mit Scheidungspaa­ren zu tun. Meine Parteien sind zum Teil tatsächlich nicht «leider», sondern «endlich glücklich» geschieden. Das ist ganz unterschiedlich, aber von Stigmatisierung kann nicht einmal ausserhalb der Stadt gesprochen werden. Hannah Locher (SP) hat die Parkplatzthe­matik angesprochen. Dieses Problem der Haltemöglichkeiten für Eltern, die alternierende Obhut haben, sehe ich tatsächlich und dem nehmt ihr euch nicht an. Sind Alleinerzie­hende nicht in der Lage, Angebote anzunehmen, stellt sich die Frage, ob vielleicht psy­chologische oder psychiatrische Betreuung in Anspruch genommen werden muss. In sol­chen Fällen gibt es den Hausarzt. Auch dafür muss eine gewisse Initiative ergriffen wer­den. Wenn man Kinder hat, hat man in der Regel auch Kontakt mit dem Kinderarzt, dem Hort und der Schule. Das sind alles Stellen, wo Informationen vermittelt werden können. Dazu muss man aber selbst die Initiative ergreifen. Man muss auf das Umfeld ausserhalb der Partnerschaft zählen, das unterstützen kann. Das soziale Netzwerk der Stadt wird dieses nie ersetzen können. Möchte man dies und für Geld Mitarbeiter einstellen, muss man sich nicht wundern, dass man irgendwann keine persönlichen Kontakte im eigenen Umfeld mehr haben kann und Initiativen von privaten Organisationen nicht mehr hono­riert werden. Das ist nicht Aufgabe des Staats. Es braucht eine gewisse Eigeninitiative. Im Zeitalter des Internets ist jeder in der Lage, Angebote entgegenzunehmen. Es ist ein Widerspruch, in der einen Woche ein Werbeverbot zu verlangen und in der nächsten eine solche Kampagne. Dieses Postulat löst das Problem der Alleinerziehenden nicht.

Samuel Balsiger (SVP): Die Befürworter haben mit dem Votum von Ronny Siev (GLP) bewiesen, dass das Postulat überflüssig ist. Er hat erzählt, wie traurig er war, als er in Scheidung lebte und dass er damals keine staatliche Stelle hatte und die Angebote nicht kannte. Heute sitzt er dennoch hier, ist glücklich, hat es geschafft. Gratulation, dass du so selbstständig bist und ohne Staat klarkommst. Es funktioniert offensichtlich. Das Pos­tulat zeigt, was für ein trauriges Menschenbild hinter eurer Ideologie ist. Ihr glaubt nicht, dass die Menschen eigenständig glücklich werden können. Das spiegelt sich in euren an­dauernden Vorstössen. Es kommt oft der Vorwurf, dass ihr Klientelpolitik betreibt. Es ist eine kleine Gruppe von Leuten, die vom städtischen Wohnungsbau profitiert. Es ist ko­misch, dass Sanija Ameti (GLP) mit ihrem Freund, der aus dem Kulturkuchen kommt, auch eine solche Wohnung hat. Dafür hat ein Mitglied der SVP die Wohnung nicht be­kommen. Das Thema ist Klientelpolitik. Hannah Locher (SP) hat gesagt, dass die Bera­tungsstellen ihnen von den vielen Opfern erzählt hätten. Diese verdienen Geld mit diesen Opfern. Sie hat bestätigt, dass Sie Klientelpolitik macht für Organisationen, bei denen Sie ein Wählerpotenzial abschöpfen können. Sie verteilen Geld der Steuerzahler, damit sie bei den Wahlen die Leute mobilisieren können. Wenn man glaubt, dass man nicht selbst glücklich werden kann, braucht man den Staat, um Freundschaften herzustellen.



6 / 6

Persönliche Erklärung:

Sanija Ameti (GLP) hält eine persönliche Erklärung zur Desinformation von Samuel Balsiger (SVP) betreffend ihr Wohnungsmietverhältnis.

Das Postulat wird mit 72 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat